

Schon in den Evangelien der vergangenen Sonntage hörten wir von Auseinandersetzungen mit den religiösen Eliten Israels, in die Jesus seit seiner Ankunft in der heiligen Stadt Jerusalem verwickelt wurde. In mehreren Gleichnissen hatte er verdeutlicht, was er von ihnen hielt.

Im heutigen Evangelium schlagen sie nun zurück. Sie haben "beschlossen", Jesus "eine Falle zu stellen"(Mt 22,15). Vielleicht findet sich endlich ein Grund zur Anklage vor dem Hohen Rat. Bemerkenswert ist, daß die "Pharisäer und Herodianer" nicht selber kommen, sondern ihre Schüler vorschicken (Mt 22,16). Wahrscheinlich fürchteten sie einmal mehr, sich vor dem schlagfertigen Rabbi aus Nazaret zu blamieren. Und so kommt es auch.

"Ist es erlaubt, dem Kaiser Steuer zu zahlen oder nicht?" (Mt 22,17) lautet die Fangfrage. Das mag für uns heute kein Problem darstellen, für einen gläubigen Juden von damals aber schon. Auf den Münzen, mit denen die Steuer bezahlt wurde, war nämlich ein Bildnis des römischen Kaisers Tiberius eingepreßt und dazu die Inschrift: "Tiberius, Kaiser, Sohn Gottes". Und nach jüdischem Glauben war es die schlimmste Gotteslästerung, so eine Münze auch nur anzufassen, die einen Menschen zum Gott erhob.

Da geriet Jesus in einige Verlegenheit. Denn was er auch antwortete, es könnte zu einer Anklage führen. Würde er "Ja" sagen, verstieße er gegen die jüdische Rechtgläubigkeit. Würde er "Nein" sagen, erwies er sich als Staatsfeind gegenüber der römischen Besatzungsmacht, die die Steuern einzog.

Deswegen beantwortet Jesus die Frage überhaupt nicht, sondern läßt sich von den Fragestellern die umstrittene Steuermünze zeigen und blamiert sie damit als Heuchler, die keinerlei Recht haben, so eine Frage zu stellen, weil sie ja offensichtlich das gotteslästerliche Geldstück selbst in der Tasche bei sich herumtragen und eigentlich selbst vor dem Hohen Rat angezeigt werden müßten. Es bleibt ihnen nichts anderes übrig, als beschämt "wegzugehen"(Mt 22,22). 1:0 für Jesus!

Zuvor aber spricht er den berühmt gewordenen Satz, den Bibelkommentare als "eine Kernstelle des Neuen Testament"(1) bezeichnen: "Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist"(Mt 22,21). Damit hat Jesus die Einflußsphären zwischen weltlichem und geistlichem Bereich ein für alle Mal festgelegt. Es gibt für Christen einen Bereich, in dem allein "der Kaiser"

- das heißt der Staat und die Politik - zuständig ist. (Dazu gehört das Steuerzahlen.) Und es gibt einen anderen Bereich, in dem allein Gott - das heißt die Religion und der Glaube - maßgeblich bleibt.

Das ist die wichtigste Aussage des heutigen Evangeliums. An dieser Stelle ist durch Jesus selbst die Trennung von Staat und Kirche grundgelegt, wie sie sich in unserem ursprünglich christlich geprägten Kulturraum entwickelt hat. Politiker sollen Politik betreiben und keine Ersatzreligion begründen und Geistliche sollen die Botschaft Gottes verkünden und nicht politisieren. Beide Fehlformen haben sich in der Geschichte nur verhängnisvoll ausgewirkt.

Ein Gemeinwesen funktioniert dann am besten, wenn Politik und Religion nach dem Modell Jesu ihre verschiedenen Wirkungsbereiche unterscheiden und respektieren, dabei in richtiger Weise zusammenarbeiten und sich nicht zuletzt auch gegenseitig ihre Grenzen aufzeigen, falls das nötig wird.

Grundsatz ist, daß Christen b e i d e n Bereichen etwas schulden. Sie haben Pflichten gegenüber dem Staat zu erfüllen, indem sie etwa wählen gehen, Steuern zahlen und die Gesetze achten, aber auch indem sie sich in politische Parteien und gesellschaftliche Gruppen einbringen und dabei politische Ämter und Aufgaben übernehmen gegen die wachsende Tendenz, sich immer mehr zurückzuziehen und nur noch andere zu kritisieren. Hier sollten Christen sogar mit gutem Beispiel vorangehen.

Und Christen haben auf der anderen Seite Pflichten zu erfüllen gegenüber Gott, indem sie ihr tägliches Leben an den Geboten Gottes und an der Botschaft Jesu ausrichten. Was auch ein Engagement für die Zukunft der Kirche mit einschließt. Der Staat kann nur so gut sein wie seine Bürger und die Kirche kann nur so gut sein wie ihre Mitglieder. Wahlbeteiligungen von weniger als 60% an staatlichen Wahlen und von weniger als 15% an kirchlichen Wahlen - wie vor 2 Wochen in unserer Pfarrei St. Petrus! - sind jedenfalls beschämend.

Natürlich kann es auch einmal zu Konflikten kommen. Manchmal steht ein staatliches Gesetz im Widerspruch zu den Geboten Gottes. Dann gilt für uns Christen der im Neuen Testament grundgelegte Grundsatz "Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen" (Apg 5,29). Dann kann es Christen, die ihren Glauben ernstnehmen, nicht erspart bleiben, gegen politische Entscheidungen zu protestieren oder sich sogar ihnen zu verweigern. Das hat es mehr als ein Mal in der Kirchengeschichte

gegeben und das wird es auch in Zukunft geben.

Dann muß der einzelne Christ oder die einzelne Christin eine persönliche Gewissensentscheidung treffen. Denn es fällt im heutigen Evangelium auf, daß Jesus hier nicht exakt und im Detail regelt, was in jedem Ernstfall "des Kaisers" ist und was "Gottes" ist.

Jesus stellt hier nur eine allgemeine Regel auf. Mit Inhalt füllen müssen wir diese selbst nach unserem eigenen Gewissen. Gott will freie Menschen, die eigene, freie Entscheidungen treffen.

(1) Gerhard Maier (Hrsg):

Matthäus
Edition C. Bibelkommentar Neues Testament
Holzgerlingen 2013 S.216